Deutscher Bundestag **Drucksache 17/9410**

17. Wahlperiode 25. 04. 2012

Antrag

der Abgeordneten Sabine Zimmermann, Jutta Krellmann, Alexander Ulrich, Diana Golze, Matthias W. Birkwald, Dr. Martina Bunge, Dr. Diether Dehm, Heidrun Dittrich, Werner Dreibus, Klaus Ernst, Andrej Hunko, Katja Kipping, Cornelia Möhring, Wolfgang Neskovic, Yvonne Ploetz, Dr. Ilja Seifert, Kathrin Senger-Schäfer, Kathrin Vogler, Harald Weinberg, Jörn Wunderlich und der Fraktion DIE LINKE.

Soziale Errungenschaften in der Europäischen Union verteidigen und ausbauen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. In der Europäischen Union (EU) sind über Jahrzehnte erkämpfte soziale Errungenschaften in Gefahr. Auch nach vier Jahren sind die Finanz- und Wirtschaftskrise sowie ihre Ursachen ungelöst. Mehrere süd- und osteuropäische Staaten stehen kurz vor dem finanziellen Ruin; ihre Bürgerinnen und Bürger vor dem sozialen Absturz. Die Troika bestehend aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) fordert als Gegenleistung für Kredite, den Sozialstaat abzubauen und soziale Standards wie Tarifverträge und Mindestlöhne auszuhöhlen. Die Krise wird genutzt, um sozialstaatliche Regelungen einzureißen und zwar in einem Tempo und Ausmaß, das bis vor kurzen unvorstellbar gewesen wäre. Im Windschatten der Krise bahnt sich ein gigantisches Umverteilungsprogramm seinen Weg. In den Krisenländern werden die betroffenen Bürgerinnen und Bürger ihrer sozialen Sicherheit beraubt und vielfach auch ihrer Existenzgrundlage. Zudem werden in der gesamten Europäischen Union die Steuerzahlenden für die Bankenrettung zur Kasse gebeten. Nun soll der soziale Kahlschlag mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und dem sogenannten Fiskalpakt auf Dauer festgeschrieben werden. Die Bundesregierung ist der Motor für diese Entwicklung. Notwendig ist ein Kurswechsel: Die Verursacher der Krise sind in die Pflicht zu nehmen, soziale Standards müssen erhalten und ausgebaut werden. Die Europäische Union braucht wachstums- und beschäftigungsschaffende Maßnahmen statt Kürzungen.

2. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union entwickeln sich im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise sehr ungleich. Einige Staaten sind unter enormen Druck der Finanzmärkte geraten und zum Spekulationsobjekt von Hedgefonds und Investmentbankern geworden. Daraufhin werden sie seitens der EU mit sogenannten Absichtserklärungen zu einem Sparkurs und Sozialabbau getrieben, der die Gesellschaften in ihren Grundfesten erschüttert. In Griechenland, Portugal, Spanien und in vielen anderen Ländern werden die öffentlichen Dienste massiv abgebaut, Menschen entlassen und Löhne gekürzt. Verbrauchsteuern werden erhöht. Schutzmechanismen wie Mindestlohnregelungen und Leistungen der Arbeitslosenversicherung wer-

den angegriffen und abgesenkt, Rentenzahlungen gekürzt und das Renteneintrittsalter heraufgesetzt. In Griechenland werden sogar Tarifverträge ausgehebelt, wodurch die Gewerkschaften und Beschäftigten nachhaltig geschwächt und ein Absinken der Löhne befördert werden. In Italien ist geplant, den Kündigungsschutz nicht nur für neue Arbeitsverträge abzuschwächen, sondern auch für Millionen bereits bestehender Arbeitsverträge. Diese Vorgaben und ihre Umsetzung hebeln damit auch die Demokratie aus. Sie sind ein Diktat der EU, des IWF und ihrer nationalen Erfüllungsgehilfen.

3. Mit diesen Maßnahmen werden die wirtschaftlichen Probleme in den Krisenländern und der Eurozone nicht gelöst. Im Gegenteil: die Kürzungen und der Sozialabbau verschärfen die Krise. So ist im Jahr 2011 die Wirtschaft in Portugal wiederholt geschrumpft, in Griechenland war dies sogar im vierten Jahr in Folge der Fall. Mit Italien befindet sich inzwischen die drittgrößte Volkswirtschaft der EU in der Rezession. Im Gegenzug nimmt die Zahl der erwerbslosen und armen Menschen zu, wie der jüngste Bericht des EU-Ausschusses für Sozialschutz dokumentiert. Danach stieg die Arbeitslosigkeit in der EU seit Krisenausbruch von 7 auf 10 Prozent. In Ländern wie Irland, Griechenland und Spanien hat sich die Arbeitslosigkeit seit Krisenbeginn annähernd verdoppelt. Jeder zweite bis dritte Jugendliche ist dort erwerbslos. Entgegen dem Ziel der „EU-2020-Strategie“ sind immer mehr Menschen von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen, im Jahr 2010 bereits 116 Millionen. In Griechenland ergreift die Obdachlosigkeit inzwischen sogar die Mittelschichten.

4. Die Proteste und Streiks der Menschen in Griechenland, Portugal, Spanien, Italien und anderen Ländern sind deshalb verständlich und berechtigt. Sie wehren sich gegen den eklatanten Raubbau an oft ohnehin nur geringen sozialen Schutzmechanismen. Ihr Kampf ist auch ein Kampf um den Erhalt der Demokratie. Die Krisenproteste im Frühjahr in der Europäischen Union und Deutschland sind eine richtige Antwort gegen diesen Angriff auf Demokratie und Sozialstaat. Statt Vorurteile und den Versuch, die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union gegeneinander auszuspielen, braucht es die Solidarität der Menschen in der EU gegen diese Kahlschlagpolitik. Die internationalen Protest- und Aktionstage vom 17. bis 19. Mai 2012 in Frankfurt am Main sind ebenso zu unterstützen wie der am 12. Mai 2012 stattfindende internationale dezentrale Aktionstag der „Occupy“-Bewegung.

5. Die derzeitige Politik der Bundesregierung richtet sich nicht nur gegen die Menschen in den Krisenländern, sondern auch gegen die Bevölkerung in Deutschland. Schon heute werden die Steuerzahlenden für die Bankenrettung zur Kasse gebeten, während zugleich die Finanzmittel für öffentliche Dienstleistungen wie etwa eine ausreichende Kinderbetreuung fehlen. Würde der Fiskalpakt in Kraft treten, wäre Deutschland verpflichtet, seine Staatsausgaben um jährlich 25 bis 30 Mrd. Euro zu kürzen. Das entspricht jedem dritten Euro im Bereich Bildung und Forschung.

   Zudem spielt die derzeitige Krisenpolitik mit dem Feuer: 1,5 Bio. Euro sollen die Euro-Länder mit dem Fiskalpakt in den nächsten fünf Jahren einsparen. Wird mit den Kürzungsmaßnahmen die Krise in den europäischen Nachbarländern weiter verschärft und sinken dort die Löhne, kann sich auch Deutschland der Krise nicht entziehen. Deutschland ist seit Jahren der Motor für Lohndumping innerhalb der EU. Heute arbeitet bereits ein Viertel aller Beschäftigten im Niedriglohnsektor. Durch die Krise droht eine weitere Abwärtsspirale. Gibt es zum Abbau sozialer Standards und sozialer Rechte keine wirkliche Alternative und Krisenlösung, besteht die Gefahr einer neuen Welle von Lohn- und Sozialdumping in der EU.

6. Die Ursachen für die Krise liegen im Finanzmarktkapitalismus begründet und hier vor allem in der unzureichenden Regulierung des Bankensektors.

Die Bundesregierung macht dennoch die Staatsschulden für die Krise verantwortlich. Die gestiegenen Staatsschulden seit 2007/2008 gehen aber maßgeblich darauf zurück, dass der Staat die Banken rettet und die Kosten und die Risiken des Finanzsektors der Gesellschaft aufbürdet. Hinzu kommen enorme Steuererleichterungen für hohe Einkommen und Vermögen, die dazu beitragen, in Deutschland wie in der EU die öffentlichen Kassen auszutrocknen. Die Kehrseite der Einnahmeverluste und leeren Kassen des Staates ist der enorme Anstieg der privaten Vermögen einiger weniger: In Deutschland stiegen die öffentlichen Schulden in den vergangenen zehn Jahren um 800 Mrd. Euro, die privaten Nettovermögen gleichzeitig um mehr als 1 100 Mrd. Euro. Ganz ähnlich verhält es sich in Europa: Etwa 1 Prozent der Europäer besitzt ein Geldvermögen von 10 Bio. US-Dollar. Dies ist mehr als doppelt so viel wie alle Staatsschulden der fünf Krisenländer Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und Italien zusammen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

sich in der Europäischen Union für einen politischen Kurswechsel einzusetzen, der darauf abzielt, soziale Standards zu erhalten und auszubauen sowie die Krisenverursacher zur Rechenschaft zu ziehen. Ein solcher Kurswechsel umfasst folgende Punkte:

1. Deutschland ratifiziert weder den Fiskalpakt noch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Die Bundesregierung wirbt für diese Position bei den Regierungen und Parlamenten der anderen EU-Staaten. Soziale Ziele müssen in der Politik der EU und ihrer Mitgliedsländer Vorrang haben.
2. Darlehen an notleidende Staaten werden nicht mehr an den Abbau sozialer Standards, das Aushöhlen von Tarifvertragssystemen und das Absenken von Mindestlöhnen gekoppelt. Stattdessen sind die öffentlichen Haushalte der Eurozone von den Finanzmärkten abzuschirmen, indem Kredite über eine öffentliche Bank vergeben werden, um Zinsaufschläge zu verhindern. Bereits durchgeführte Maßnahmen werden zurückgenommen. Das gilt auch für Einschnitte im öffentlichen Dienst, der Arbeitslosen- und Rentenversicherung sowie erhöhte Verbrauchsteuern und eingeleitete Privatisierungen.
3. Statt Bankenrettung und Sparpakete initiiert die Politik in der EU beschäftigungsschaffende und sozialpolitische Maßnahmen. Dazu gehören ein effektives, europaweites Zukunftsinvestitionsprogramm zum sozialökologischen Umbau, kurzfristig Konjunkturpakete in den Krisenstaaten und sanktionsfreie Mindestsicherungssysteme. Zur Krisenbewältigung wird eine EU-weite Vermögensabgabe und eine echte Bankenabgabe in der EU eingeführt sowie zur Begrenzung der Spekulation eine europaweite Finanztransaktionssteuer.
4. Das deutsche Lohn- und Sozialdumping des vergangenen Jahrzehnts ist ein maßgeblicher Faktor für die Entstehung von außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten und damit der Krise. Es gilt diese Ungleichgewichte zu reduzieren. In Deutschland sind ein gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 10 Euro pro Stunde und eine sanktionsfreie, bedarfsdeckende Mindestsicherung einzuführen. Hierdurch wird ein weiteres Ausfransen des Lohnsystems nach unten und Armut verhindert sowie die private Kaufkraft gestärkt. Zur Stärkung der Binnennachfrage ist zudem in Deutschland eine Ausweitung der öffentlichen Investitionen um 125 Mrd. Euro jährlich erforderlich.

Berlin, den 25. April 2012

Dr. Gregor Gysi und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333